

NACHRICHTEN

Erster autonom fahrender Bus auf der Straße



Die Deutsche Bahn hat im niederbayerischen Bad Birnbach erstmals einen autonom fahrenden Bus im öffentlichen Straßenverkehr in Betrieb genommen. Wie das Unternehmen am Mittwoch mitteilte, verbindet der Elektrobus das Ortszentrum mit der Therme des Kurorts und rollt dabei auf einer Strecke von 700 Metern über öffentliche Straßen. Die Mitfahrt für die bis zu sechs Fahrgäste ist bis auf weiteres kostenlos. Der Kleinbus verfügt weder über ein Lenkrad noch über ein Gaspedal. Allerdings ist im Linienverkehr ein Fahrtbegleiter an Bord, der bei Bedarf eingreifen kann. **afp**

Immer mehr Selbstständige ohne Angestellte

Die Zahl der Solo-Selbstständigen ist seit dem Jahr 2000 deutlich auf 2,31 Millionen im vergangenen Jahr gestiegen. Damals gab es noch 1,84 Millionen Selbstständige ohne eigene Beschäftigte. Das geht aus Zahlen der Bundesagentur für Arbeit und des Statistischen Bundesamts hervor. Solo-Selbstständige haben dabei ein vergleichsweise niedriges Einkommen. Im vergangenen Jahr lag ihr monatliches Nettoeinkommen im Schnitt bei 1567 Euro. Selbstständige mit eigenen Beschäftigten hatten im Schnitt 2866 Euro. Ihre Zahl blieb mit 1,83 Millionen im vergangenen Jahr nahezu unverändert zum Jahr 2000. **dpa**

Super Stimmung unter deutschen Managern

Die Stimmung in den Chefetagen deutscher Firmen hat in der Zeit nach der Bundestagswahl ein nie dagewesenes Niveau erreicht. Der Geschäftsklima-Index stieg im Oktober um 1,4 Punkte auf den Rekordwert von 116,7. Zahlern, teilte das Ifo-Institut zu seiner Umfrage unter 7000 Managern mit. Es war zugleich der erste Anstieg nach zwei Rückgängen. Die Manager beurteilten sowohl ihre Geschäftslage als auch die Aussichten für die kommenden sechs Monate besser als zuletzt. **rtt**

Schlankerer Kurs zahlt sich für Coca-Cola aus

Beim US-Getränkeriesen Coca-Cola zahlt sich der Schwenk zu weniger zuckerhaltigen Getränken und einer schlankeren Konzernstruktur aus. Unter dem Strich stieg der Gewinn im dritten Quartal um 38 Prozent auf 1,4 Milliarden US-Dollar, wie der Pepsi-Rivale am Mittwoch mitteilte. Die Bilanz profitierte von Kosteneinsparungen und Preis-erhöhungen. Das Unternehmen setzt zudem statt auf Limonaden vermehrt auf Smoothies, Säfte, Tee oder kalorienreduzierte Getränke. **dpa**

Toyota beugt sich Druck der US-Regierung

Der japanische Autobauer Toyota will ein in Mexiko geplantes Werk kleiner bauen als einst angekündigt. Das Werk in Guanajuato werde um 30 Prozent kleiner ausfallen als geplant, so ein Firmensprecher. Die Produktion werde gegenüber ersten Plänen auf 100 000 Fahrzeuge pro Jahr halbiert. US-Präsident Donald Trump hatte ausländischen Autobauern mit Strafsteuern gedroht, wenn sie Fahrzeuge für den US-Markt in einem anderen Land produzieren. **rtt**

Sieg für Wall Street

Senat kippt verbraucherfreundliches Gesetz

Der US-Senat hat eine zuvor hart erkämpfte strengere Bankenregulierung gelockert: Er hat eine Regelung zum Verbraucherschutz gekippt, die noch unter dem früheren US-Präsidenten Barack Obama auf den Weg gebracht worden war. Banken und Kreditkartenfirmen können Verbrauchern somit weiterhin untersagen, sich Sammelklagen anzuschließen und sie stattdessen bei Streitigkeiten zur Schlichtung zwingen.

Der US-Senat beschloss am Dienstag mit knapper Mehrheit, eine von der Verbraucherschutzbehörde CFPB erlassene Vorschrift zu kippen, die diese Zwangsschlichtung verboten hätte. Klauseln zur Zwangsschlichtung gehören bei fast allen Verbraucherverträgen in den USA zum Standard, seitdem der Oberste Gerichtshof sie 2011 für zulässig erklärt hatte. Zuvor hatte bereits das Repräsentantenhaus

gegen die Regelung gestimmt, die im Frühjahr 2018 in Kraft treten sollte. US-Präsident Donald Trump hat versprochen, die Bankenregulierung zu lockern und dürfte in den nächsten Tagen das Gesetz unterschreiben.

Der Chef der Verbraucherschutzbehörde CFPB, Richard Cordray, kritisierte die Entscheidung scharf. „Wall Street hat gewonnen, die normalen Leute haben verloren“, sagte der noch von Obama ernannte CFPB-Chef. Die US-Handelskammer dagegen lobte die Entscheidung des Kongresses, der die übermächtige Behörde in die Schranken verwies habe.

Das Consumer Financial Protection Bureau (CFBP) wurde nach der Finanzkrise gegründet und ist für den Verbraucherschutz im Finanzsektor zuständig. Bankenvertretern und republikanischen Politikern ist die Behörde ein Dorn im Auge. **rtt**

Polnische Ärzte im Hungerstreik

Mediziner beklagen katastrophale Arbeitsbedingungen in Kliniken

Aus Protest hat der angehende Chirurg Marcin Radoch seit fünf Tagen nichts gegessen. Inmitten von Isomatten, Schlafsäcken und Protestschildern campiert der Assistenzarzt mit 19 Kollegen im Erdgeschoss der Warschauer Uni-Kinderklinik. Der Hungerstreik, bei dem die polnischen Nachwuchsärzte rotieren, dauert seit mehr als drei Wochen und richtet sich gegen Polens unterfinanziertes Gesundheitssystem. „Es gibt zu wenig Personal, zu wenig Geld und Unmengen an Bürokratie“, klagt Marcin. Wegen Überarbeitung sind mehrere Mediziner nach Angaben des polnischen Ärzteverbands in diesem Jahr im Dienst gestorben.

Auf eine Graue-Star-OP wartet man eineinhalb Jahre

Marcin ist an bis zu 18 Tagen im Monat 24 Stunden am Stück im Dienst und operiert. „Die Gehälter sind so niedrig, dass wir so viel arbeiten müssen, um davon leben zu können“, sagt der Pole, der als Assistenzarzt im zweiten Jahr umgerechnet 520 Euro netto verdient. „Davon kann ich in Warschau schon als Alleinstehender kaum leben“, sagt er. Kollegen, die Kinder zu versorgen hätten, hätten es noch schwerer.

„Die Arbeit strengt geistig und körperlich an, außerdem hat man während der Nachtdienste kaum Schlaf“, so Marcin. Landesweit erschienen Ärzte schon erschöpft zur nächsten Schicht. Junge Mediziner klagen, ihr Zustand sei zuweilen schlechter, als der ihrer Patienten.

Der Hungerstreik der Nachwuchsärzte wird auch vom Verband medizinischer Berufe (PZM) und Polens Ärztekammer (NIL) unterstützt. „Ein überarbeiteter Arzt ist wie gar kein Arzt“, schrieb der NIL-Vorsitzende Maciej Hamankiewicz in einem Brief an die hungernden Ärzte. Mediziner in Städten wie Breslau, Krakau, Lodz und Stet-

tin haben sich den Warschauer Kollegen angeschlossen. Ärzte der südöstlichen Wojewodschaft Kleinpolen riefen für Mittwoch zur Protestaktion „Tag ohne Arzt“ auf. Ihren Dienst wollten sie auf Notfälle beschränken.

Die Ärzte fordern Polens Regierende auf, die unter dem Durchschnittslohn liegenden Assistenzarzt-Gehälter anzuheben. Am meisten dränge aber die Aufstockung der öffentlichen Ausgaben für das Gesundheitssystem. Diese müssten binnen drei Jahren statt bisher 4,7 Prozent 6,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen, fordern die Mediziner. „Das ist in anderen EU-Ländern der Mindestdurchschnitt“, sagt Marcin.

„Wir kämpfen nicht nur für uns, sondern vor allem für die Patienten“, erläutert er. Sie seien die wahren Leidtragenden. Den Assistenzärzten zufolge kommen in Polen auf 1000 Einwohner im Schnitt 24,6 medizinische Angestellte wie Ärzte und Krankenschwestern – eine der EU-weit niedrigsten Quoten. In Deutschland liege die Zahl vergleichsweise bei 61,2.

Fehlendes Geld und Personal würden in polnischen Kliniken oft zu langen Wartezeiten führen. Auf eine Graue-Star- oder Leistenbruch-OP warte man etwa eineinhalb Jahre oder mehr, sagt Marcin, der den Frust der Patienten täglich zu spüren bekommt. „Sie beschweren sich, dass alles so lange dauert, dass wir keine

Zeit für sie haben und es keine Krankenschwestern gibt“. Und sie hätten Recht, meint er. Seine Patienten würdigen den Hungerprotest. „Danke für alles, was ihr für uns tut“, steht an einem Blumenstrauß, den eine Patientin aus Protestlager der Ärzte in die Warschauer Klinik gebracht hat. Der Hungerstreik sei der einzige Weg, um auf sich aufmerksam zu machen, sagt Marcin. Die eigene Gesundheit setzen die jungen Ärzte, die regelmäßig untersucht und ausgewechselt werden, jedoch nicht aufs Spiel.

2018 will Polen weniger für Gesundheit ausgeben

Den erhofften Erfolg brachte ihre Aktion bislang nicht. Die Regierung bot lediglich Gespräche an. Solche führen wir seit Jahren, sagt Marcin. „Wir wollen konkrete Vorschläge.“ Doch nach Angaben von Gesundheitsminister Konstanty Radziwill können die Mittel erst bis 2025 aufgestockt werden. Für 2018 ist stattdessen eine Kürzung der Gesundheitsausgaben geplant.

Die Situation droht sich laut Ärztesverband angesichts steigender Behandlungszahlen durch die alternde Bevölkerung sowie der Abwanderung polnischer Ärzte nach Deutschland oder Skandinavien sogar weiter zuspitzen. Das System stehe vor dem Zusammenbruch, warnt Marcin. **NATALIE SKRZYPCZAK, DPA**



Protestcamp der Ärzte in der Uni-Kinderklinik Warschau. **DPA**

Opel-Mutterkonzern wächst

Autobauer PSA kann Absatz und Marktanteile massiv steigern

Der französische Autobauer PSA hat im dritten Quartal dank der Übernahme von Opel ein starkes Wachstum verbucht. Die Umsätze von Juli bis Ende September schnellten im Vergleich zum Vorjahr um 31,4 Prozent auf rund 15 Milliarden Euro nach oben, wie das Unternehmen am Mittwoch mitteilte. Der Hersteller hatte Opel und die britische Schwestermarke Vauxhall zum 1. August für 1,3 Milliarden Euro vom US-Autobauer General Motors übernommen.

Doch auch ohne das zusätzliche Geschäft durch Opel kon-

ten die Franzosen mit ihren Marken Peugeot, Citroën und DS die Erlöse im dritten Quartal um 11,6 Prozent steigern. Dabei profitierte der Hersteller von neuen Modellen und legte bei Absatz und Marktanteil in wichtigen Regionen wie Europa und Teilen Asiens zu. Wie in Frankreich üblich und erlaubt, veröffentlichte PSA keine Gewinnzahlen für das dritte Quartal.

Im November wird ein erster Sanierungsplan für den seit Jahren defizitären Autobauer Opel erwartet. PSA-Chef Carlos Tavares hatte kürzlich kritisiert, dass

viele Strukturen bei Opel nicht schlank genug seien. Im Zuge der Übernahme kauft PSA gemeinsam mit der Großbank BNP Paribas auch die zugehörige Finanzierungssparte von GM, hier haben die Unternehmen aber noch keinen Vollzug gemeldet.

Erst am Dienstag hatte der französische Wettbewerber Renault ein starkes Wachstum berichtet. Besonders hoch war die Nachfrage in Amerika und Asien. Insgesamt stieg der Umsatz zwischen Juli und Ende September um 15,9 Prozent auf 12,2 Milliarden Euro. **dpa**



Das Podium: Axel Bachmann, Petra Döll, Moderator Tobias Schwab, Onejiru Schindler und Daniel Busche (von links). **CHRISTOPH BOECKHELER (5)**

„Der Wasserstress verschärft sich“

Forum Entwicklung: Debatte über Verschwendung und Projekte zur Ressourcenschonung

VON JOACHIM WILLE

Als sie sechs Jahre alt war, ging es los. „Ich musste den Wasserkanister schleppen, um die Familie zu versorgen“, erzählt Onejiru Schindler, „das war der Job von uns Mädchen.“ Die Deutsch-Kenianern wuchs in einem kleinen Ort in der Nähe von Nairobi auf. Wasserleitungen gab es dort keine. Die Familien versorgten sich mit Wasser aus einem Fluss, der damals noch recht sauber war. An die Mühsal, immer morgens vor der Schule, erinnert sich die junge Frau, die mit 13 nach Deutschland kam, im Ruhrgebiet aufwuchs, in Köln Afrikanistik und Geografie studierte und heute in Hamburg Musikerin ist, noch gut. Der Kanister war eigentlich viel zu schwer für das kleine Mädchen, und sie musste sich abmühen, nichts zu verschütten. Sonst gab es zu Hause Ärger.

2,1 Milliarden Menschen sind ohne sauberes Wasser

Schindlers Bericht beim „Forum Entwicklung“, das am Dienstagabend von FR, hr-iNFO und Deutscher Gesellschaft Entwicklung (GIZ) in Frankfurt veranstaltet wurde, gab einen plastischen Einblick in die Wasserkrise, die in vielen Entwicklungsländern herrscht. Vor mehr als 200 Zuhörern im Frankfurter Museum für Kommunikation verdeutlichte sie, was es heißt, dass 2,1 Milliarden Menschen keinen sicheren Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, 2,6 Milliarden ohne angemessene sanitäre Anlagen auskommen müssen und 1,8 Millionen Menschen jährlich an wasserbedingten Krankheiten sterben.

Die in Kenia herrschende Landflucht führte dazu, dass in ihrer Heimat-Siedlung bei Nairobi inzwischen 150 000 Menschen auf engstem Raum leben. Wasserleitungen und Kanalisation gibt es weiterhin nicht. Schmutz und Fäkalien belasten den Fluss, der als Wasserquelle dient. „Die Wasserqualität ist immer schlechter geworden“, sagte Schindler, die sich neben ihren Musik-Aktivitäten – in der Band „Sisters“ und solo – in der NGO „Viva con Aqua de St. Pauli“ engagiert.

In den vergangenen Jahrzehnten hat es zwar durchaus Fortschritte gegeben. Weltweit ist der Anteil der Menschen gestiegen, die an eine sichere Wasserversorgung angeschlossen wurden, besonders positiv entwickelte sich die Lage in Südasien, vor allem dank des ökonomischen Aufstiegs von China. Die Hydrologie-Expertin Petra Döll von der Universität Frankfurt verdeutlichte beim Forum allerdings, dass dies, global gesehen, kein Selbstläufer ist.

Klimawandel, ungebremstes Bevölkerungswachstum und wachsender Wohlstand würden in vielen Ländern den vorhandenen Wasserstress noch verschärfen, sagte sie. Regionen wie der Mittelmeer-Raum oder das südliche Afrika, die bereits heute unter starker Trockenheit leiden, werden danach künftig noch trockener, während etwa Sibirien und Alaska mehr Niederschläge abbekommen. Die verschiedenen Klimamodelle stimmen darin überein, sagte die Professorin von der Universität Frankfurt, die Leitautorin bei den beiden jüngsten Berichten des Weltklimarats IPCC war.

Selbst in extrem wasserarmen Regionen gibt es jedoch

Möglichkeiten, die Probleme zu lindern. Das verdeutlichte in der Frankfurter Diskussion GIZ-Expertin Daniel Busche, der in Jordanien arbeitet. Das Land verfügt nur über 60 Kubikmeter an erneuerbaren Wasserressourcen pro Bürger und Jahr, was einem Dreifigstel des Wasserangebots in Deutschland entspricht. Trotzdem, so erläuterte der GIZ-Programmmanager, wird dort viel Wasser verschwendet.

Imame werden zu Wasserbotschaftern

Rund ein Viertel geht laut dem Experten allein verloren, weil Leitungen schlecht gewartet werden und nicht fachmännisch verlegt sind. Hinzu kommt Wasserdiebstahl. Erstaunlich auch: Trotz der Wasserknappheit sei das Bewusstsein, sparsam mit der kostbaren Ressource umzugehen, unter den Bürgern bisher nur wenig verbreitet.

Die GIZ setzt hier an. Um Jordaniens Bevölkerung für wassersparendes Verhalten zu gewinnen, wurden die einflussreichen Imame zu diesen Themen gelehrt. „Wir benutzen den Kanal Glaube“, sagte Busche. Das sei sehr erfolgreich. In speziellen Freitagspredigten zu Wasser- und Ressourcenschutz würden jedes Jahr vier Millionen Menschen erreicht – mehr als ein Drittel der Bevölkerung. Aber es geht auch um praktische Projekte wie den Aufbau von Wassernutzungs-gemeinschaften für Bauern, den Bau von Sanitäreinrichtungen in Schulen oder die Optimierung des Betriebs von Wasserversorgern.

Erfolgreich läuft laut Busche auch die von der GIZ geförderte Ausbildung von Jugendlichen zu

Klempnern, eine Maßnahme, um den Fachkräftemangel in diesem Sektor anzugehen. Interessant: Rund die Hälfte der Azubis in dem „Männerberuf“ ist weiblich – ein großer Vorteil in dem islamischen Land. Klempnerinnen können in fremden Wohnungen auch dann tropfende Wasserhähne reparieren, wenn kein männliches Familienmitglied zu Hause ist.

Kritische Fragen musste sich auf dem Podium der Industrievertreter, Axel Bachmann von Coca-Cola Deutschland, gefallen lassen. Der Getränke-Multi rühmt sich einer aktiven Umweltschutz-Strategie und engagiert sich auch in Projekten, die Bachmann zufolge bisher in Entwicklungsländern mehr als drei Millionen Menschen einen Zugang zur sicheren Wasserversorgung verschafft haben.

Dem Getränke-Multi, der neben Limonaden auch Flaschenwasser verkauft, wird, wie anderen Nahrungsmittel-Großkonzernen allerdings auch, vorgeworfen, aus der Gewinnung von Wasser ein Milliardengeschäft zu machen und besonders in Entwicklungsländern wenig Rücksicht auf die Folgen für die lokale Bevölkerung zu nehmen. Bachmann wies das zurück. Leitlinie von Coca-Cola sei es, Produktionsstandorte nur dort anzusetzen, wo das Anzapfen von Quellen keine negativen Folgen für die anderen Nutzer – Bauern, andere Betriebe oder Haushalte – habe. Ein einziges mal habe ein Standort aufgegeben werden müssen, nämlich vor drei Jahren in Indien. Und da habe sich am Ende herausgestellt, dass nicht Coca-Cola, sondern der ausbleibende Regen Ursache für die sich ausbreitende Trockenheit gewesen sei.



„Wir haben schon mit sechs Jahren gelernt, schwere Wasserkanister zu schleppen.“

„Wenn alle leben wollen wie in Europa, brauchen wir drei Erden.“

Onejiru Schindler,
in Kenia geborene Sangerin



„Wasser erhält durch die Kommerzialisierung der Versorgung einen Wert.“

„Die Verluste sind groß. 25 Prozent des Leitungswassers kommen in Jordanien nicht beim Kunden an.“

Daniel Busche,
GIZ-Wasserexperte



„Unser Konsum ist das Problem, unser virtueller Wasserverbrauch pro Kopf liegt bei rund 5000 Litern am Tag.“

„Aus Nachhaltigkeitsgründen ist es viel besser, Leitungswasser zu trinken.“

Petra Döll,
Hydrologie-Professorin



„Die UN-Nachhaltigkeitsziele sind nur mit den Unternehmen zu erreichen.“

„Wir analysieren an allen Standorten die Wassereinzugsgebiete auf Risiken.“

Axel Bachmann,
Coca-Cola Nachhaltigkeitschef